

10.7. 1915.

**Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge.**

**N** Berlin, 8. Febr. (Priv.-Tel., Str. Frkf.) Auf die (im letzten Abendblatt wiedergegebenen) Referate folgte eine längere

**Ausprache.**

Freifrau v. Bissing-Ränker betonte die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau, wenn ein großer Erfolg erzielt werden soll. Wenn die Sache allein von Behörden geschieht, dann könnte die Fürsorge sehr leicht einen bureaukratischen Charakter annehmen.

Generalarzt Professor Dr. Sutloff (Berlin) sprach ebenfalls den Wunsch aus, daß orthopädisch-chirurgische Lehrstühle und möglichst auch Kliniken, wie jetzt in Frankfurt, den Universitäten angegliedert würden.

Oberstabsarzt Dr. Spigeh (Wien) machte Mitteilung über die von der österreichischen Heeresverwaltung getroffenen Einrichtungen. Es bestünde in Wien bereits ein orthopädisches Lazarett mit 1000 Betten, das in kurzer Zeit auf 2500 Betten gebracht werden soll. In Verbindung damit sei eine pädagogische Zentrale, die zwanzig verschiedene Schulen und Werkstätten zur Fortbildung für die Veruse des kleinen Mannes enthalte. Eine Invalidenschuh-Liga ist in der Bildung begriffen, deren Mitglieder Arbeitgeber öffentlicher und privater Betriebe und Geschäfte sich verpflichten müßten, in erster Reihe Invaliden zu beschäftigen.

Dr. Dippel (Leipzig), der Vorsitzende des Deutschen Ärztevereinsbundes, versicherte, daß die Ärzteschaft nach allen Kräften an diesen Aufgaben mitarbeiten wird.

In der weiteren Ausprache wurde der Wunsch geäußert, daß man die Invaliden möglichst an die Verwaltungen und Behörden abgeben möchte, denen sie früher angehört hätten, damit diese ihnen eine geeignete Beschäftigung geben. Ältere Familienväter möge man nicht erst zwingen, umzulernen und ein neues Handwerk zu ergreifen, sondern ihnen Mittel an die Hand geben, damit sie sich ein kleines Geschäft einrichten können.

Generalarzt Dr. Schulzen gab als Vertreter des preussischen Kriegsministeriums die Erklärung ab, daß er über die Frage, ob die Kriegs- und Verkrümmelungszulagen unabhängig von der Rente weiter gezahlt werden würden, noch keine Auskunft habe bekommen können. Soweit er aber mit den beteiligten Persönlichkeiten gesprochen habe und wie ihm auch auf eine Anfrage hin erklärt worden sei, halte man praktische Fälle, die eine Entziehung der Rente ergeben könnten, für ausgeschlossen. (Beifall.)

Ein Vertreter des bayerischen Ministeriums des Innern betonte, daß die bayerische Staatsregierung die soziale Fürsorge für die Kriegswaliden als eine Aufgabe der Regierung zu betrachten beabsichtige. Sie stehe aber auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe des Reiches sei, für die Männer, die für des Reiches Sicherheit und Wohlfahrt zu Schaden gekommen sind, die notwendigen Mittel für ihre Versorgung bereitzustellen. Er könne noch nicht mitteilen, welche Schritte noch dieser Richtung gemacht seien, aber versichern, daß auch in dieser Frage vollständige Uebereinstimmung zwischen Nord- und Süddeutschland bestehe. (Beifall.)

Es berichteten dann weiter die Vertreter verschiedener Bundesregierungen in ähnlicher Weise über die von ihren Regierungen getroffenen Maßnahmen.